

26. Oktober 2009  
Pressemitteilung von Martina Bunge

## **Rentenüberleitung: Koalition hüllt sich in Schweigen**

„Was die Herstellung von Rentengerechtigkeit für Ostdeutsche angeht, bleibt der Koalitionsvertrag nebulös“, stellt die Abgeordnete Martina Bunge fest. Weiter erklärt die Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost:

„Union und FDP wollen ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einführen. Was sie damit konkret meinen, geht aus dieser Formulierung nicht hervor. So bleibt völlig offen, ob sie endlich die zahlreichen Überführungslücken und Ungerechtigkeiten, die aus der Rentenüberleitung Anfang der 90er Jahre rühren, zu beseitigen gedenken. Nach wie vor sind davon viele Menschen in Ostdeutschland betroffen. Ob geschiedene Frauen, Krankenschwestern, Professoren oder Polizisten: Sie wollen zwanzig Jahre nach Herstellung der Einheit Rentengerechtigkeit und fragen sich, was das Wort von Kanzlerin Merkel wert ist. Diese hatte schon vor zwei Jahren eine Lösung der verbliebenen Rentenprobleme Ost in Aussicht gestellt. Von einer zu erstellenden Liste, auf die viele Betroffene hofften, war seither aber nichts mehr zu hören. Ist sie nun ganz vom Tisch?“

Die Fraktion DIE LINKE wird wie schon in früheren Wahlperioden weiter Druck machen und die anderen Fraktionen zwingen, sich erneut mit dem Thema Rentenüberleitung zu befassen.“